

Bau der Berliner Mauer vor 50 Jahren - oder: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen!“

I. Ulbricht: „Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen!“

Für die Deutschen ist in ihrer kollektiven Erinnerung an den Bau der Berliner Mauer Walter Ulbricht ihr Baumeister. Diese Überzeugung wurzelt in einer Pressekonferenz des Ersten Sekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) und Staatsratsvorsitzenden der DDR vom 15.6.1961. Die Korrespondentin der Frankfurter Rundschau fragte ihn: „Bedeutet die Bildung einer Freien Stadt ihrer Meinung nach, dass die Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichtet wird? Und sind Sie entschlossen, dieser Tatsache mit allen Konsequenzen Rechnung zu tragen?“ Er antwortete: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“¹ Erstmals fiel das Wort „Mauer“ und nach dem 13. August galt dieser Satz als dreiste Lüge, um die Vorbereitungen der DDR auf die Absperrung der Berliner Sektorengrenze zu vertuschen. Hinter Ulbricht verschwindet in der kollektiven Erinnerung der Deutschen die Person, die ihm erst erlaubte, mit Stacheldraht Berlin zu teilen: der Erste Sekretär des ZK der KPdSU und Ministerpräsident der Sowjetunion Nikita S. Chruschtschow.

Ulbricht reagierte mit seiner Pressekonferenz auf die steigenden Flüchtlingszahlen und der wachsenden Unzufriedenheit in der DDR. Ein Alarmsignal kam Anfang Juni aus Oranienburg und Hennigsdorf. Der Ingenieur Helmut Newrzella des Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke (LEW) verfasste einen Brief an Ulbricht, für den er im Betrieb 30 Unterschriften sammelte. Es war ein Protest gegen die schlechte Versorgung, verbunden mit der Forderung, die Verantwortlichen für diese Missstände sofort abzusetzen. Da dies die SED-Führung selbst war, war dies die nur wenig verschleierte Forderung nach Rücktritt der Partei- und Staatsführung. Das Original erreichte Ulbricht nicht, es wurde im Betrieb vernichtet. Die Staatssicherheit nahm Ermittlungen auf; ihre Leitfrage war, ob diese Provokation, „unmittelbar auf den Gegner zurückzuführen ist.“ Ulbricht wurde über den Inhalt von der Staatssicherheit ebenso informiert wie über die innerbetriebliche Konfliktbereinigung.

¹ zitiert nach: Manfred Wilke: Der Weg zur Mauer, Berlin 2011, S.298

Newrzella floh nach West-Berlin und der RIAS sendete am 21. Juni 1961 um 5:35 Uhr seinen Brief. Er ist ein authentisches Dokument über die Lebensumstände der „Werkstätigen“ im „Arbeiter- und Bauernstaat“ im Juni 1961:

„Betrifft: Fragen zur Versorgungslage in der DDR.

Mit größter Besorgnis beobachten wir die Wiedereinführung der Rationierung von Butter, Abgabe 1/8 Kilo nach Kundenliste pro Familie, und die mangelhafte Versorgung mit den wichtigsten Grundnahrungsmitteln wie Kartoffeln, Brot, Obst, Gemüse sowie Fleisch und Wurstwaren. Wir fordern:

1. Sofortige Beseitigung dieser anormalen Zustände!
2. Eine konkrete Stellungnahmen zur Entstehung der Missstände. Unseres Erachtens durch die übereilte Kollektivierung der Landwirtschaft hervorgerufen.
3. Die Absetzung der für die Missstände Verantwortlichen.

Soll dass der Lohn sein für unsere jahrelange intensive Mitarbeit am Aufbau der Volkswirtschaft der DDR?²

Am 15. Juni als Ulbrichts Satz fiel, war er aber selbst noch im Ungewissen wie sich der Herr im Kreml in der Berlin-Frage entscheiden würde. Noch war die Sperrung der Sektorengrenze von ihm nicht entschieden worden, dies geschah erst 20. Juli. Chruschtschow hatte dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy bei seinem Gipfeltreffen mit ihm in Wien Anfang Juni ein Ultimatum übergeben. Darin forderte die sowjetische Regierung erneut das Berlin-Problem - diesmal bis Dezember 1961 befristet- zwischen der Sowjetunion und den Westmächten durch einen Friedensvertrag zu lösen. Erst danach wollte die Sowjetunion DDR die Kontrolle über die Transitwege zu Lande, zu Wasser und in der Luft an die DDR übergeben. Ulbricht bewegte sich in seiner Pressekonferenz daher auf der Linie des Wiener Ultimatum und vertrat auch siegesgewiss die Position: der Friedensvertrag kommt und dann wird vor allem das Aufnahmelager Marienfelde in West-Berlin für DDR-Flüchtlinge geschlossen!

Auf die Frage nach dem reibungslosen Verkehr und der Kontrolle der Transitwege durch die DDR nach Abschluss eines Friedensvertrages, stellte der SED-Chef klar, dass dann eine neue Lage für den Transit nach Westberlin entstehe: „Um

2 zitiert nach Wilke, ebenda, S. 297 - 298

Verhandlungen über diese Fragen mit der DDR kommt niemand herum. Ich darf die ausländischen Pressevertreter bitten, dafür Verständnis zu haben, dass wir in dieser Frage dieselben Rechte beanspruchen, die jeder andere Staat auch besitzt. Wir sind in dieser Frage nicht weniger empfindlich als die USA, Großbritannien und Frankreich, was ihr eigenes Territorium betrifft.“ Ein zentraler Punkt war natürlich die Frage des Flugverkehrs nach West-Berlin. Karlheinz Vater vom Spiegel brachte das Problem der Kontrolle zur Sprache. Ulbrichts Antwort stellte klar, genau um diese ging es ihm, er berief sich dabei auf die internationalen Regeln im Reiseverkehr: „Ob Menschen zu Wasser, zu Lande oder in der Luft in die DDR kommen, sie unterliegen unserer Kontrolle. Es sind unsere Verkehrswege.“ Dieser Anspruch Ulbrichts war der entscheidende Konfliktpunkt zwischen Washington und Moskau im Sommer 1961.

II. Die zwei Phasen der Berlin Krise von 1958 bis 1962

Als Chruschtschow durch sein Ultimatum 1958 die Krise auslöste, dachten weder er noch Ulbricht überhaupt daran, dass sie am Ende diese Mauer durch die Stadt ziehen würden. Der Friedensvertrag mit Deutschland und damit den beiden deutschen Staaten und die Umwandlung Westberlins in eine „Freie entmilitarisierte Stadt“ waren das politischen Ziele Chruschtschows und Ulbrichts zu Beginn der Berlin-Krise. Ein Motiv des sowjetischen Vorstoßes von 1958 war bereits zu Beginn der Krise offensichtlich: die völkerrechtliche Stabilisierung der DDR als sozialistischer Staat in Deutschland. Das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit der Deutschen war noch vorhanden, das hatte der 17. Juni 1953 in der DDR – der erste große Volksaufstand gegen eine kommunistische Diktatur im sowjetischen Imperium überhaupt – bewiesen. Chruschtschow hatte 1958 den Westmächten in seinem Ultimatum, in dem er die Lösung des Berlin-Problems in sechs Monaten forderte, den Westmächten gedroht, sollten sie sich weigern, den Friedensvertrag anzuschließen, so werde die Sowjetunion ihn separat mit der DDR vereinbaren und dem SED-Staat die Kontrollrechte auf den Transitstrecken und in den Luftkorridoren von der Bundesrepublik nach West-Berlin zu übertragen. Die Ankündigung, einseitig den Vier-Mächte-Status von Berlin aufheben zu wollen, war weltpolitisch eine Frage von Krieg und Frieden zwischen der Sowjetunion und der NATO.

Der Ablauf der Krise verlief uneinheitlich, Phasen der Konfrontation wechselten mit denen relativer Ruhe. In ihrer Geschichte lassen sich zwei Phasen deutlich

unterscheiden. Von 1958 bis 1961 dominierten Verhandlungen unter den Vier Mächten und dem abschließenden Gipfeltreffen der Führer der beiden Supermächte in Wien ihren Verlauf. Die zweite Phase begann im Herbst 1960 und wurde immer stärker bestimmt durch die Krise der DDR, die sich in steigenden Flüchtlingszahlen nach West-Berlin ausdrückte.

In der Berlin-Frage kam es auf dem Wiener Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und Chruschtschow zur Konfrontation. Kennedy gab ihm in Wien zu verstehen, einen Friedensvertrag über Deutschland, nach dem West-Berlin in eine entmilitarisierte „Freie Stadt“ Westberlin³ umgewandelt würde und die Truppen der Westmächte Berlin verlassen müssten, werde er als amerikanischer Präsident nicht unterschreiben. Erst als die Westmächte Verhandlungen über das „Wiener Ultimatum“ ablehnten, entschied sich Chruschtschow die Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin durch DDR-Grenzpolizei und der SED-Parteimiliz (die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“) schließen zu lassen.

III. Walter Ulbricht und die Interessenlage der SED

Seit 1958 war Ulbricht der unbestrittene Führer von Partei und Staat. Sein Aufstieg begann 1945, damals berief ihn Josef W. Stalin in die Führung der KPD und beauftragte ihn den „demokratischen Neuanfang“ in der sowjetischen Besatzungszone zu organisieren. Seine Karriere beruhte vor allem auf der strikten Befolgung der sich in der Nachkriegszeit oft wechselnden „Generallinie“ der KPdSU. In der zweiten Berlin Krise bestimmte er die Politik der SED und sein Ansprechpartner in Moskau war Chruschtschow.

Es waren ungleiche Partner. Die SED konnte ihre politischen Ziele nur im Kontext der sowjetischen Politik durchsetzen. Für Chruschtschow hatten zwischen 1958 und dem Wiener Gipfeltreffen im Juni 1961 den Gesprächen und Verhandlungen mit den USA absolute Priorität. Er wollte das West-Berlin-Problem im Rahmen eines deutschen Friedensvertrages lösen, der auf eine dauerhafte Dreiteilung

³ Bis 1990 existierten zwei Schreibweisen für die Westsektoren von Berlin. Die Bundesregierung und der Senat von Berlin schrieben „West-Berlin“ und analog „Ost-Berlin“. Die DDR und damit die Sowjetunion schrieben „Westberlin“ in einem Wort. Für Ost-Berlin stand zunächst das „demokratische Berlin“ und dann „Berlin-Hauptstadt der DDR“. Beide Schreibweisen sind Ausdruck unterschiedlicher Rechtsauffassungen über den Status von Berlin, der Westen ging von der gemeinsamen Vier-Sektoren-Stadt aus, der Osten integrierte den Ostteil in die DDR und betonte die besondere politische Einheit Westberlin.

Deutschlands hinaus gelaufen wäre. Bundesrepublik, DDR und die „Freie entmilitarisierte Stadt Westberlin“.

1961 war Ulbricht dagegen überzeugt, der Kampf gegen die „Republikflucht“, den das SED-Politbüro im Januar zu einer Hauptaufgabe der Partei erklärt hatte, könne nur gewonnen werden, wenn das Tor zum Westen geschlossen würde. Berlin war aber kein integraler Bestandteil der DDR, nicht West-Berlin und auch nicht Ost-Berlin. Die gespaltene Stadt unterlag noch dem Vier-Mächte-Status. Die DDR konnte ohne Einverständnis der Sowjetunion diese Absperrung der Sektorengrenze nicht durchführen.

Für Chruschtschow war Berlin aber keinen eigenständiges Ziel, es war der Hebel, um den Einfluss der Amerikaner in Europa zu schwächen, und der geforderte deutsche Friedensvertrag ein Mittel, um die NATO zu „zerreißen“, wie es Chruschtschow gegenüber Ulbricht im März 1961 ausdrückte.⁴ SED und KPdSU hatten ein gemeinsames Interesse daran die Präsenz der Westmächte in Berlin zu beseitigen und West-Berlin in eine „entmilitarisierte Freie Stadt“ umzuwandeln, die auf dem Territorium der DDR lag. Gegenüber der Sowjetunion verfolgte Ulbricht das Ziel die „volle Souveränität“ der DDR über ihr Territorium zu erreichen.

Das Ultimatum eröffnete Ulbricht scheinbar die Chance, die volle Souveränität der DDR über ihr Territorium einschließlich ihrer Hauptstadt Ost-Berlin und die internationale Anerkennung durchzusetzen. Dieses Ziel konnte er nicht erreichen, er bekam eine Mauer aber keinen separaten Friedensvertrag. Nach dem 13.8.1961 hielt die Sowjetunion an ihren Statusrechten in Berlin weiterhin fest.

Die offene Sektorengrenze in Berlin wurde angesichts der von Monat zu Monat steigenden Flüchtlingszahlen immer mehr zur Schicksalsfrage für den SED-Staat. In dieser Situation entschloss sich Ulbricht zu einem ungewöhnlichen Schritt. Ende Juni oder Anfang Juli bestellte er den sowjetischen Botschafter Perwuchin ein, um Chruschtschow eine persönliche Botschaft zu übermitteln, die eine Kapitulation ankündigte und gleichzeitig einem Ultimatum glich:

„Wenn die gegenwärtige Situation der offenen Grenze weiter bestehen bleibe, sei der Zusammenbruch unvermeidlich. Als Kommunist warne er davor und lehne alle Verantwortung dafür ab, was weiter geschehe. Er könne diesmal nicht garantieren, die Lage unter Kontrolle zu halten. Das sollte man in Moskau wissen.“⁵

⁴ Wilke, ebenda, S.278

⁵ Julij A. Kwizinskij: Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 179.

IV. Die Entscheidung

Bevor Chruschtschow am 20. Juli endgültig entschied, die Berliner Sektorengrenze abriegeln zu lassen, zog er Erkenntnisse und Berichte des militärischen Geheimdienstes (GRU) und des KGB vor allem über die amerikanische Politik zu Rate. Sie waren offenbar ebenso wichtig für seine Entscheidungsfindung wie die negativen Antwortnoten der drei Westmächte vom 17. Juli auf das sowjetische Memorandum vom 4. Juni. Die Noten wiesen einmütig die Behauptungen im sowjetischen Memorandum zurück, dass Berlin auf dem Territorium der DDR liege. Die drei Mächte bekräftigten ihr Recht auf ihren Aufenthalt in Berlin aufgrund der alliierten Vereinbarungen von 1945.

Die GRU widersprach der propagandistischen Vorstellung von der sowjetischen Überlegenheit und betonte die Risiken eines militärischen Vorgehens gegen die Westmächte. „Die Sowjetunion würde auf einen gerüsteten und gut vorbereiteten Gegner treffen.“ Die GRU berichtete zudem über die Stärke der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa und ihre Pläne gegen eine Luftblockade West-Berlins. Nach dieser Information verwarf Chruschtschow sein ursprüngliches Vorhaben einer Luftblockade, für die in der Sowjetunion bereits „Spezialtruppen aufgestellt wurden“, und ließ die entsprechenden Planungen der NVA stoppen.⁶

Über die geplanten politischen Reaktionen der Westmächte im Fall eines Friedensvertrages mit der DDR informierte der KGB, demzufolge die Westmächte im Juli noch keinen abgestimmten Plan hatten. Beunruhigender aber für den Entscheidungsträger im Kreml war eine andere Meldung: „Das amerikanische Außenministerium ging in seinen Überlegungen davon aus, dass die Politik der UdSSR hinsichtlich der Berlin-Frage ein bedeutendes Bluff-Element enthalte und die Sowjetunion kaum das Risiko des Ausbruchs eines Atomkrieges um West-Berlin eingehen werde.“ Das amerikanische Außenministerium empfahl, die Politik des Westens müsse „hart sein und die Sowjetunion auf allen Kanälen über die möglichen Folgen eines bewaffneten Konfliktes um Berlin gewarnt werden.“⁷ Genau das tat der Präsident und auch der Beschluss des NATO-Rats folgte dieser Linie. Das Bündnis erklärte, „die Sperrung des freien Zugangs nach West-Berlin mit Maßnahmen zu

⁶ Matthias Uhl, *Krieg um Berlin?*, München 2008, S. 223–5.

⁷ Uhl, ebenda, S. 226.

beantworten, >in deren Ergebnis eine reale Gefahr für die Sicherheit der Sowjetunion entstehen< könne. Der Westen verlieh dieser Drohung durch Truppenverstärkungen Nachdruck.“⁸ All diese Informationen erfuhr Chruschtschow am 20. Juli, und sie ließen für ihn nur eine Schlussfolgerung zu: Die NATO würde die Bedrohung des freien Zugangs nach West-Berlin als militärischen Ernstfall ansehen. Chruschtschows Ja zur Grenzschießung in Berlin stand am Ende eines langen politischen Entscheidungsprozesses und bedeutete den Rückzug aus einer politischen Offensive.

Julij A. Kvicinskij, der damalige Attaché des sowjetischen Botschafters hat beschrieben, wie der sowjetische Botschafter Perwuchin Ulbricht die Moskauer Anweisung überbrachte, „die Grenze Westberlins zu schließen und mit der praktischen Vorbereitung dieser Maßnahme unter größter Geheimhaltung zu beginnen.“⁹ Ulbricht nahm die Mitteilung ungerührt zur Kenntnis und ließ Chruschtschow seinen Dank ausdrücken, bevor er detailliert über die Durchführung der Aktion sprach. Um die Grenze zu West-Berlin in ihrer ganzen Länge abzuriegeln, benötigte man in ausreichender Menge Stacheldraht, ebenso „Pfähle, und alles müsse insgeheim nach Berlin gebracht werden. Auch die U- und S-Bahn-Verbindungen nach Westberlin müssten unterbrochen werden.“ Mit seinen Detailkenntnissen soll er den sowjetischen Botschafter verblüfft und ihm zugleich demonstriert haben: Die SED dachte schon länger über diese Aktion nach. Ulbricht wusste auch bereits, man „sollte an einem Sonntag handeln“ – und der 13. August war ein solcher. Geheimhaltung war die Voraussetzung für die Vorbereitung und das Gelingen der Operation „Rose“.¹⁰ Die konspirative Kommunikation zwischen Chruschtschow und Ulbricht während der Operation „Rose“¹¹ beschrieb Kvicinskij ebenso wie die Vorbereitungen in der SED. „Ulbricht legte fest, dass der Chef seiner Leibgarde, Wagler, zu uns Verbindung hielt, und er brachte die Dokumente seines Chefs in die Botschaft und gab sie nur mir persönlich in die Hand. Später löste Otto, der Oberst der Staatssicherheit aus der Abteilung für Sicherheitsfragen des ZK der SED, Wagler ab. Wir übersetzten die Dokumente und übermittelten sie nach Moskau.“¹² Das geschah nicht durch Funk, da man fürchtete, der Code sei nicht sicher genug, sondern per Kurier. Perwuchin persönlich schrieb die Briefe für

⁸ Gerhard Wettig: Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963, München 2006, S. 169.

⁹ Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 180, alle folgenden Zitate entstammen der gleichen Quelle.

¹⁰ Ebd., S. 178.

¹¹ Das war der Deckname für die Sperrung der Sektorengrenze in Berlin.

¹² Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 181.

Chruschtschow und war im Zweifel, ob er seinen Außenminister Andrej Gromyko in die Sache einweihen durfte, was er dann aber doch tat.

Der SED-Chef entschied, „nur Erich Mielke, den Minister für Staatssicherheit, Innenminister Karl Maron, Verteidigungsminister Erich Hoffmann und Verkehrsminister Erwin Kramer einzuweihen.“ Bis auf Hoffmann gehörten die Genannten zu der Arbeitsgruppe, die im Jänner 1961 vom SED-Politbüro eingesetzt wurde, um die „Republikflucht“ einzudämmen. Alle Verantwortlichen für die Operation „Rose“ waren Moskau-Kader aus dem sowjetischen Exil; der Verkehrsminister muss hierbei besonders erwähnt werden, da er die Verantwortung für die Unterbrechung der S- und U-Bahn-Netze in Berlin trug.¹³ „Sie alle hatten Befehl, das Material nur persönlich vorzubereiten, mit der Hand zu schreiben und im eigenen Safe aufzubewahren. Die Ausarbeitung des Gesamtkonzepts übernahm Ulbricht selbst, und erst einige Tage später teilte er mit, dass er beschlossen habe, Erich Honecker als Stabschef einzusetzen.“¹⁴ Das formal höchste Führungsgremium der Partei, das Politbüro des ZK, wurde mit der Operation erst befasst, als alle Entscheidungen bereits gefallen waren und es nur noch um die Durchführung der Operation „Rose“ ging. „Ulbricht sprach in der Regel immer über vollendete Tatsachen und wartete erst einmal ab, was in Moskau herauskam, um dann das Politbüro und das Sekretariat zu informieren.“¹⁵

Chruschtschow traf aber nicht nur eine politische Entscheidung, sondern auch eine über die militärische Seite ihrer Durchführung. Der damalige stellvertretende Chef der operativen Abteilung des Stabes der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, Oberst

Anatolij Grigorjewitsch Mereschko wurde damit beauftragt, „den Plan der Absicherung der Grenzkontrollsperrre zwischen Ost- und Westberlin auszuarbeiten.“! Er erinnert sich, wie Chruschtschows Anweisung an Armeegeneral Jakubowskij, den Oberkommandierenden der „Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ (GSSD) übermittelt wurde. Jakubowskij wurde zum Botschafter Michail G. Perwuchin einbestellt und er sollte die Karten der DDR mit der genauen Grenze zwischen der

¹³ Verkehrsminister Kramer emigrierte 1932 in die Sowjetunion, arbeitete im sowjetischen Verkehrswesen, 1937 Lehrgang Taktik der Pioniertruppen an einer sowjetischen Militärschule; Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg, Instrukteur für das Pionierwesen eines Armeekorps.

¹⁴ Kwizinskij, Vor dem Sturm, S. 180.

¹⁵ Gespräch von Wilfriede Otto mit Werner Eberlein am 5.9.1996 über die Beratung der Ersten Sekretäre der kommunistischen und Arbeiterparteien der Staaten des Warschauer Paktes vom 3. bis 5. August 1961 in Moskau, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2/1997, S. 40-97, hier S. 85. Eberlein war zu der fraglichen Zeit der Chefdolmetscher von Ulbricht.

Bundesrepublik und West-Berlin mitbringen. „Als wir in das Kabinett Perwuchins kamen, hat er uns erstaunt angeschaut und sagte zu Jakubowskij: «Iwan Ignatjewitsch, ich bat Sie, mit dem Stabschef der Gruppe zu kommen, und Sie kommen mit einem Obersten». Darauf antwortete Jakubowskij in einem ziemlich scharfen Ton, dass er mit dem stellvertretenden Stabschef der Gruppe gekommen ist. Danach erklärt Perwuchin: «Iwan Ignatjewitsch, wir haben über ein Staatsgeheimnis zu sprechen. Nikita Sergeewitsch [Chruschtschow – Anmerkung der Übersetzerin] hat mich beauftragt, Sie über den Plan zur Einführung der Grenzordnung zwischen den beiden Teilen Berlins zu informieren, den sie auszuarbeiten haben». [...]

Er hat gefragt: «Wie viel Zeit brauchen Sie für die Ausarbeitung dieses Planes? Beachten Sie, dass nur drei Personen aus der Regierung der DDR daran teilnehmen werden: nach unseren Vorstellungen, Verteidigungsminister Hoffmann, Innenminister Maron und der Minister für Staatssicherheit Mielke. Jakubowskij hat mich angeschaut, und ich sage: >Genosse Botschafter, wenn die Lage so kompliziert ist (und wir wussten natürlich darüber Bescheid) und er in kürzester Frist vorliegen muss, so bereiten wir den Plan in einer Woche vor.<¹⁶

Ja, vor unserem Abschied sagte der Botschafter noch: >Ich fahre jetzt zum Genossen Ulbricht und wir werden verabreden, dass diese drei Minister an der Ausarbeitung des Planes teilnehmen, und unsererseits wird der Oberst diesen Plan technisch bearbeiten.< Jakubowskij antwortete: >Ich bitte, dass diese Minister um 15 Uhr nach Wünsdorf¹⁷ kommen, und wir werden mit ihnen die Kontakte und die gemeinsame Arbeit verabreden.< Und wirklich: Um 15 Uhr – wir waren früher zurückgekehrt – waren diese drei Minister bei uns. Wir haben verabredet, wie wir zusammenarbeiten, wie wir Verbindung halten werden; das Hauptproblem war die Sprachbarriere. Die Lösung der Aufgabe wurde dadurch erleichtert, dass Ulbricht schon früher diese Frage nach der Einführung der Grenzkontrolle Chruschtschow mehrmals gestellt hatte. Chruschtschow aber wollte diesen Schritt lange nicht tun. Aber die Vorbereitungsarbeiten in den Organen der DDR waren deutlich im vollen Gang.

Wilke: Seit dem Januar 1961?

16 Legt man die Wochenfrist der Ausarbeitung des Plans zu Grunde, so hat das Gespräch vermutlich am 23. Juli stattgefunden. Dann war der Plan bis zum 1. August fertig, rechtzeitig zum Gespräch zwischen Ulbricht und Chruschtschow an diesem Tag in Moskau.

17 Sitz des Oberkommandos der GSSD, südlich von Berlin.

Mereschko: Die Minister konnten praktisch auf jede Frage schon fertige Auskünfte geben.“¹⁸

Die Gebote der Konspiration und der Geheimhaltung galten auch für Mereschko: Vor der Ausarbeitung des Planes hat Jakubowskij mir befohlen: „Weder Deinem Vorgesetzten, noch dem Stabschef, niemandem sollst Du über Deine Arbeit was sagen. Wer was wissen soll, das werde ich selbst bestimmen. Du selbst wirst schweigend arbeiten.“

Der Plan wurde in 7 bis 10 Tagen entwickelt, jedenfalls haben wir weniger als zwei Wochen dazu gebraucht. Wobei der Plan in doppelter Ausführung auf Stadtplänen eingezeichnet war. Den Plan hat Jakubowskij unterschrieben, und so weit ich mich erinnere, stehen aus irgendeinem Grunde auch die drei Unterschriften der Minister der DDR auf dem Plan. Ich erinnere mich nicht an Kramer. Rechts oben auf der Karte – „Bestätigt. Ulbricht“, links – „Bestätigt. Chruschtschow“. Es war so, dass die linke Seite wichtiger war. Ein Exemplar des Planes wurde mit Extraboten sofort an unseren Generalstab abgesandt, ein Exemplar blieb in der GSSD.“¹⁹

V. Moskau 1.August 1961

Nach Fertigstellung des Plans zur Abriegelung der Sektorengrenze, so erinnert sich Anatolij Mereschko, gab es eine Zusammenkunft mit Ulbricht:

„Mereschko: Ungefähr am 2. August sind wir, Jakubowskij und ich, zu Ulbricht mit dem fertigen Plan gefahren, dort in seiner Residenz waren schon diese drei Minister versammelt, sie haben ebenfalls über ihre Vorbereitungen der Einführung der Grenzordnung kurz berichtet.“²⁰

Ulbricht und Chruschtschow trafen am 1. August 1961 in Moskau zusammen, um neben den wirtschaftlichen Problemen der DDR der bevorstehenden Tagung des Politischen Beratenden Ausschuss des Warschauer Paktes, auch Einzelheiten der Sperrung der Sektorengrenze in Berlin zu besprechen. Das Protokoll dieses Gesprächs gehört zweifellos zu den Schlüsseldokumenten des Mauerbaus. Erst jetzt

18 Manfred Wilke, Alexander J. Vatlin: Interview mit Generaloberst Anatolij Grigorjewitsch Mereschko, Wolgograd, 11.9.2010, übersetzt von: Dr. Tatiana Timofeewa, Wilke. ebenda, S. 306- 308

19 Ebd.

²⁰ Wilke, ebenda S.312

wurde es in Moskau für die nunmehr edierten Gespräche Chruschtschows freigegeben.²¹ Die hier dokumentierten Passagen zeigen: Für beide Parteiführer waren Fragen, die über das Schicksal vieler Menschen entschieden, nur lösbare technische Probleme ihrer Machtsicherung.

Chruschtschow: „Ich habe eine technische Frage: Wie wird die Kontrolle an den Straßen verwirklicht, deren eine Seite sich in der DDR befindet und die andere in West-Berlin?“

Ulbricht: „Wir haben einen bestimmten Plan. In den Häusern, die einen Ausgang nach West-Berlin haben, werden wir diesen Ausgang zumauern. An den anderen Orten werden wir Sperren aus Stacheldraht errichten. Der Draht ist schon herangeschafft worden. Das alles kann man sehr schnell machen. Schwieriger ist es mit dem Transportwesen. Wir bauen die Bahnsteige der S- und U-Bahn um für das Umsteigen nach West-Berlin.“

Chruschtschow: „Aber wer wird dann denn umsteigen?“

Ulbricht: „Jener Teil der Bevölkerung, der die Genehmigung zum Überschreiten [der Grenze] erhält. Beispielsweise wohnen etwa 14 Tausend Leute, unter ihnen viele Vertreter der Intelligenz, in West-Berlin, arbeiten aber bei uns.“

Chruschtschow: „Ich habe noch eine Frage. Wenn Sie Ihren Leuten erlauben, in West-Berlin zu wohnen, werden dann dort Personen, die bei Ihnen wohnen, arbeiten können?“

Ulbricht: „Nein, das wird nicht erlaubt, das ist etwas anderes. Jedoch gibt es bei uns einige Tausend Kinder, vor allem aus kleinbürgerlichen Familien, die in Ost-Berlin wohnen und in West-Berliner Schulen lernen.“

Chruschtschow: „Das ist zu unterbinden.“

Ulbricht: „Ja, wir werden sie nicht mehr lassen.“

Ein weiteres Thema zwischen beiden war die Frage: Wie ernst war die Gefahr innerer Unruhen in der DDR? Dieser Teil des Gesprächs gewährt einen einzigartigen, bislang unbekanntem Einblick in die Wahrnehmung der Krise des SED-Staates durch die beiden kommunistischen Machthaber. Ulbricht hatte Angst um die eigene Macht, und diese motivierte ihn, auf die Sperrung der Sektorengrenzen in Berlin zu drängen.

²¹ Gespräch Chruschtschow mit Ulbricht, 1.8.1961, abgedruckt in: Wettig u. a. (Hg.), Dokumentation Chruschtschows Westpolitik 1955–1964. Bd. 3, München 2011, (Dokument 15).

Chruschtschow: „Ich habe noch eine Frage. Ich lese vertrauenswürdige Geheimberichte aus dem Westen, und sie schätzen die Lage so ein, dass in der DDR die Bedingungen für einen Aufstand herangereift sind. Gemäß ihrer politischen Linie geben sie die Anweisung, die Sache nicht bis zu einem Aufstand kommen zu lassen, weil dies zu nichts Gutem führe. Sie sagen: >Wir werden nicht helfen können, und die Russen werden alles mit Panzern niederschlagen<.’ Darum rufen sie zum Abwarten auf, bis die Bedingungen herangereift seien. Ist es dem wirklich so? Ich weiß das nicht genau und berufe mich lediglich auf westliche Berichte.“

Ulbricht: „Wir haben Informationen darüber, dass die Bonner Regierung durch Anwerbungen und die Organisation von Widerstand Schritt für Schritt Bedingungen für die Organisation eines Aufstandes vorbereitet, damit der Aufstand im Herbst 1961 stattfinden kann. Wir sehen die Arbeitsmethoden des Gegners: Die Kirche organisiert den Austritt der Bauern aus den Genossenschaften, obwohl die Resultate auch nicht groß sind. Es gibt auch Sabotageakte. Ist dies alles real? Ein Aufstand ist nicht realistisch. Aber es sind Aktionen möglich, die uns großen internationalen Schaden zufügen könnten.“

Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschuss des Warschauer Paktes trug Ulbricht seinen Plan zur Schließung der Sektorengrenzen für DDR-Bürger in Berlin vor und sprach offen aus, gegen wen diese Maßnahme gerichtet war. In der Manier wie die SED die Bevölkerung in der DDR in ihrer Propaganda gern vereinnahmte, sprach er von „unseren Menschen“:

„Diese Lage macht es notwendig, daß zur gegebenen Zeit die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (die mitten durch Berlin geht) für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nur mit besonderer Ausreisegenehmigungen passiert werden darf, oder, soweit das einen Besuch von Bürgern der Hauptstadt der DDR in Westberlin betrifft, mit besonderer Bescheinigung erlaubt wird.“²² Dabei blieb es bis zum 9.11.1989

Gleichzeitig war damit klargestellt gegen wen die Grenzabspernung in Berlin tatsächlich gerichtet war: gegen das eigene Volk.

VI. Wer verantwortet die Berliner Mauer?

Bis 1961 war Berlin für die Bevölkerung der DDR das Tor zum Westen. Die innerdeutsche Demarkationslinie zwischen DDR und Bundesrepublik war bereits

²²zitiert nach Wilke, ebenda, S.324

1952 auf Anordnung von Stalin befestigt und geschlossen worden. Bis zum 13. August 1961 nutzten Hunderttausende das Tor zum Westen, um dem SED-Staat zu entkommen. Ohne die Schließung und militärische Sicherung der Sektorengrenze in Berlin hätte die DDR das Jahr 1961 vermutlich nicht überleben können. Das war das Urteil von SED-Chef Walter Ulbricht. Ob nun Ulbrichts Sorge von 1961 begründet war oder nicht – eines steht fest: Die DDR existierte nicht mehr lange, nachdem die innerdeutschen Grenzen 1989 gefallen waren.

Ein halbes Jahr später, nachdem die Mauer schon in Teilen fertig war, übersandte Ulbricht Chruschtschow einen Lagebericht, in dem er die historische Bedeutung dieser Grenze für den Sozialismus darlegte, der bei offener Grenze dem Systemwettbewerb mit den Demokratien des Westens nicht gewachsen war: „Der Nachteil der Grenzsicherung bestand darin, daß in der Öffentlichkeit sichtbar wurde, daß die DDR und das sozialistische Lager gegenwärtig nicht im Stande sind bei offener Grenze den Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten der NATO zu führen.“²³

Die Bezeichnung „Mauer“ für das Bauwerk war irreführend. Es war eine Grenzbefestigung, in der die so genannte Hinterlandmauer, die Ost-Berlin begrenzte, die nach innen gerichtete eigentliche Mauer war. Hier verlief die wirkliche Grenze, um die Staatsbürger der DDR an der Flucht nach West-Berlin zu hindern. Auf solche Menschen, die es trotzdem wagten, waren die Waffen der Grenztruppen²⁴ gerichtet. Im Gegensatz zur Westseite der Grenzbefestigung, die fotografiert wurde und das Bild von der Mauer prägte, gab es von der „Hinterlandmauer“, die von der Westseite nur an einigen Stellen einsehbar war, kaum Bilder.²⁵ In Ost-Berlin war es verboten, sie zu fotografieren.²⁶

Das Propagandabild vom „antifaschistischen Schutzwall“ verdeckte eine Wahrheit, die auszusprechen in der DDR unter Strafe stand: Die Mauer war ein Schutzwall für die SED-Diktatur. Eine Tatsache, die durch ihren Fall am 9. November 1989 für die ganze Welt sichtbar wurde.

23 zitiert nach Wilke, ebenda, S.442.

24 vgl.dazu: Jochen Maurer: Dienst an der Mauer Der Alltag der Grenztruppen rund um Berlin, Berlin 2011

25 Gerhard Sälter/ Tina Schaller/ Anna Kaminsky (Hrsg.): Weltende - Die Ostseite der Berliner Mauer. Mit heimlichen Fotos von Detlef Matthes, Berlin 2011.

26 Elena Demke: Mauerfotos in der DDR. Inszenierungen, Tabus, Kontexte; in: Die DDR im Bild. Zum Gebrauch der Fotografie am anderen deutschen Staat, hg. Karin Hartewig/ Alf Lüdtkke, Göttingen 2004, S. 89-106.

Ulbricht, der Mauerbauer, trat nach dem 13. August 1961 in der Pose des Siegers auf. Es sollte sich aber zeigen, dass das Bauwerk in vielfacher Hinsicht ein Symbol für drei strategische Niederlagen der SED war:

1. Der sozialistische Staat und seine zentrale Planwirtschaft hatte die Systemkonkurrenz zwischen der Bundesrepublik und der DDR schon damals verloren. Die DDR konnte nur mit hermetisch abgesicherten Grenzen existieren.
2. Die Sowjetunion hatte der DDR ihre Statusrechte in Berlin und damit die uneingeschränkte Kontrolle über die Transitwege nach West-Berlin nicht übertragen. Damit hatte sich Ulbrichts Ziel, in der Berlin-Krise die volle Souveränität der DDR auch gegenüber der Vormacht zu erreichen, als Illusion erwiesen. Der SED-Staat blieb ein Vasall der Sowjetunion.
3. Die „Westberlinfrage“ konnte nicht gelöst werden, vor allem dieser erratische Block in der Normalität der deutschen Zweistaatlichkeit wurde nicht entsorgt und erinnerte – auch wenn dies immer weniger Menschen wahrnahmen – an das Unnormale der deutschen Teilung im gespaltenen Europa.

Abschließend gefragt: Wer aber verantwortete politisch die Mauer? Ulbricht brauchte sie, das steht außer Frage.

Chruschtschow selbst hatte über seine Verantwortung für diese Maßnahme keine Zweifel. In einem Gespräch mit dem Botschafter der Bundesrepublik, Hans Kroll, am 9. November 1961 äußerte er: „Man wirft uns außerdem vor, dass wir die Grenze in Berlin geschlossen haben. Ich leugne das nicht. Natürlich hätte die DDR ohne uns die Grenze nicht geschlossen. Wozu sollen wir uns hier hinter dem Rücken von Gen[ossen] Ulbricht verstecken? Der ist doch in diesem Fall gar nicht so breit. Natürlich, wir haben die Grenze geschlossen, das geschah auf unser Betreiben hin. Technisch hat das die DDR durchgeführt, weil das eine deutsche Frage ist.“²⁷ Diese Selbsteinschätzung wird von den beiden russischen Historikern Subok und Pleschakow geteilt: „Die Entscheidung, die Mauer zu bauen und die DDR von Westberlin abzuschneiden, war der entscheidende Punkt in Chruschtschows Laufbahn als Politiker, obwohl etwas dergleichen erwartet wurde, kam die

27 Gespräch Chruschtschows mit dem Botschafter der Bundesrepublik Hans Kroll, 9.11.1961, zitiert nach Wilke, S.446

Entscheidung spontan und war für Freund und Feind gleichermaßen eine Überraschung.²⁸

Auch der Ablauf des Entscheidungsprozesses, Berlin endgültig zu teilen, bestätigt die letztendliche Verantwortung von Chruschtschow in all seinen Phasen. Anfang Juli informierte Ulbricht den sowjetischen Parteichef, dass er angesichts der Flüchtlingszahlen die Existenz der DDR bei offener Grenze in Berlin nicht mehr garantieren kann. Die politische Entscheidung fällte Chruschtschow am 20. Juli; zugleich beauftragte er den Oberbefehlshaber der GSSD die Pläne für die Schließung der Sektorengrenze zu koordinieren. Nachdem er den Plan der Grenzziehung am 8. August in Moskau „bestätigt“ hatte, erfolgte am 10. August im Hauptquartier der GSSD in Wünsdorf durch Marschall Iwan S. Konew die Befehlsausgabe an die drei zuständigen Minister der DDR Maron, Mielke und Hoffmann. Den Beginn der Operation am 13. August um 0.00 Uhr hatten Chruschtschow und Ulbricht bei ihren Gesprächen am 1. August in Moskau festgelegt und das SED-Politbüro hatte ihn am 7. August förmlich beschlossen. Chruschtschow erlaubte Ulbricht, Berlin mit Stacheldraht zu teilen und eine Mauer durch Berlin zu ziehen. Aber Ulbrichts Hoffnung auf einen separaten Friedensvertrag, der ihm die Kontrolle über die Transitwege nach West-Berlin übertragen hätte, musste er begraben, und damit seine Hoffnung auf die völkerrechtliche Souveränität seiner DDR auch gegenüber Moskau. Die Sowjetunion hielt am Vier-Mächte-Status von Berlin fest.

Chruschtschow bestimmte auch das Ende seiner Berlin-Krise, als er am 8. Januar 1962 im Präsidium des ZK der KPdSU erklärte, die Schließungen der Sektorengrenze in Berlin sei das Maximum, was die Sowjetunion habe erreichen können. Man wolle die Sondierungsgespräche mit den Amerikanern fortführen, aber nicht mit dem Ziel des Abschlusses eines Vertrages. Bevor nicht die sowjetische Raketenrüstung abgeschlossen und die DDR wirtschaftlich stabilisiert sei, könne der „Endkampf um Westberlin“ nicht geführt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt wollte die Sowjetunion West-Berlin als Druckhebel gegen die Westmächte nutzen. Als Ulbricht im Februar 1962 versuchte, mit Chruschtschow die nächsten Schritte im Kampf um einen Friedensvertrag zu besprechen, antwortete dieser mit seinem Schlüsselsatz aus der Präsidiumssitzung des ZK der KPdSU vom 8. Januar: „Ich meine, dass wir

28 Wladimir Subok/Konstantin Pleschakow :Kreml im Kalten Krieg von 1945 bis zur Kuba-Krise,Hildesheim 1997 S. 351.

das Maximum dessen, was aus West-Berlin herauszuholen war, am 13. August bekommen haben. Jetzt ist es unsere Aufgabe, ruhig zu arbeiten.“²⁹

²⁹ zitiert nach Wilke, S.449